



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Gerhard Hopp, Petra Guttenberger, Bernhard Seidenath, Dr. Andrea Behr, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzing, Jenny Schack, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Karl Straub, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/6242

### Transatlantischer Dialog statt Handelskrieg

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am 2. April 2025 umfangreiche neue Zölle auf den Import von Waren – auch aus der Europäischen Union – verhängt hat.

Der Landtag beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge, da sie eine grundsätzliche Abkehr von den Prinzipien des freien Welthandels und eine weitere Abkühlung des transatlantischen Verhältnisses zwischen den Staaten der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet.

Der Landtag befürchtet, dass solche einseitigen neuen Zollschränken für Unternehmen und Verbraucher auf der ganzen Welt, auch in den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa, spürbar negative Effekte haben, zum Beispiel einen massiven Inflationsschub für Verbraucher in den USA und Nachfrageeinbußen für Unternehmen aus Europa und dem Rest der Welt. Zudem birgt die großangelegte Einführung von Zöllen aus Sicht des Landtags das Risiko weiter eskalierender Handelskonflikte, von denen noch größere Schäden für Wachstum und Wohlstand ausgehen könnten.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag über die Auswirkungen der angekündigten Zölle auf die bayerischen Industrien und Unternehmen zu berichten.

Der Landtag spricht sich dafür aus, im Sinne der langen Jahre der transatlantischen Partnerschaft mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in Verhandlungen

zu treten, um statt einer eskalierenden Zollschraube eine gemeinsame Entwicklung des freien Welthandels und den weiteren Abbau von Handelshemmnissen zu erreichen.

Zugleich wird die Staatsregierung aufgefordert, weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzutreten, dass die Europäische Union angesichts der neuen Zölle auch geschlossen wirksame und angemessene Gegenmaßnahmen treffen kann, um die Unternehmen und Verbraucher in Europa zu schützen. Dabei sollen alle möglichen, auf europäischer Ebene vorbereiteten Instrumente erwogen werden, von der Verteuerung der Einfuhr von amerikanischen Produkten, zu denen es in Europa Alternativen gibt, bis hin zu weiterreichenden Maßnahmen im Sinne der Verordnung (EU) 2023/2675 über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang.

Dem Landtag ist wichtig, dass auf europäischer Ebene auch intensiv daran gearbeitet wird, Maßnahmen zu treffen, die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft fördern. Ein Aspekt kann dabei sein, den europäischen AI-Act grundlegend zu reformieren mit dem Ziel, europäischen KI-Unternehmen bessere Chancen im Wettbewerb mit außereuropäischen Konkurrenten zu verschaffen.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, sich weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene für die Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen einzusetzen – sowohl im Rahmen der Welthandelsorganisation, als auch durch den Abschluss neuer Freihandelsabkommen mit weiteren Partnern wie zum Beispiel Indien. Das Mercosur-Abkommen bietet ebenfalls kurzfristig Chancen.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert zu prüfen, inwieweit bayerische Unternehmen mit infolge der Zölle sinkenden US-Umsätzen durch die Instrumente der bayerischen Außenwirtschaftsförderung gezielt bei der Erschließung neuer Märkte unterstützt werden können.

Die Präsidentin

I.V.

**Ludwig Hartmann**

IV. Vizepräsident